



SAMSTAG, 2. NOVEMBER 2019

## Firma Windstrom weist Minister auf Probleme hin

Treffen in Alvesse: Politiker nimmt Ideen zur Verbesserung der Lage der Windenergie-Wirtschaft auf

VON ANTJE EHLERS

**ALVESSE.** „Weniger ist manchmal mehr“: So hat Diplom-Geograf Ralf Schmidt von der Firma Windstrom aus Alvesse versucht, dem Politiker Hubertus Heil (SPD) auf die Probleme bei der Umsetzung von Genehmigungsverfahren hinzuweisen. Der Bundesarbeitsminister war am Freitag zu Besuch in Alvesse und ließ sich von den Geschäftsführern Steffen Warneboldt, Wilfried Glander und Projektentwickler Sven Stölzel sowie Ralf Schmidt über die aktuelle Entwicklung beim Ausbau der Windenergie informieren.

Die Ingenieure machten deutlich, dass ihrer Meinung nach ein klares Bekenntnis der Politik zur Windenergie erfolgen müsse. „Dazu zählt eine deutliche Vereinfachung der Genehmigungsverfahren“, so Schmidt. Dadurch sei nicht nur ein erheblicher Zeitgewinn

bei der Umsetzung von Projekten zu erwarten, sondern es werde auch mehr Anreiz für den Bau neuer Anlagen gegeben. Das gelte auch in Bezug auf Repowering, also das Ersetzen der alten Anlagen durch neue mit verbesserter Leistung.

Steffen Warneboldt betonte, dass sich die Branche der Windenergie „in einem katastrophalen Zustand“ befinde. Von 2016 bis 2017 sei die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Windindustrie von etwa 160 000 auf etwa 135 000 zurückgegangen. Allerdings sei die Firma Windstrom noch nicht unmittelbar von der Krise betroffen.

Als Ursache für die Problematik nannten die Windkraft-Experten unter anderem die zurückgehende Akzeptanz der Windkraftanlagen in der Bevölkerung. Hinzu käme die mangelnde Rechtssicherheit durch fehlende Regionalpläne

und die Art der Genehmigungsverfahren. „Auch durch die Deutsche Flugsicherung gibt es massive Probleme, sie verweigert oftmals die Zustimmung zu den Planungen“, hob Warneboldt hervor. Schmidt ergänzte, dass auch vielfach die Einsprüche von Naturschutzverbänden ein Hindernis bei der Umsetzung der Projekte seien.

Über die Grundsteuer Kommunen einen Anreiz für Windparks zu schaffen, wie es diskutiert werde, sei jedoch nicht der richtige Weg, meinen die Fachleute. Sie wiesen Heil auf das Brandenburger Modell hin. Dort ist festgelegt, dass statt einer Anhebung der Grundsteuer jährliche Ausgleichszahlungen von den Betreiberfirmen aller neuen Windenergie-Anlagen an die Kommunen gezahlt werden. Dieses Geld soll den Bürgern der Gemeinden zugute kommen.

Heil sicherte zu, die Ideen aufzunehmen und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) vorzustellen. Auf Landesebene möchte er das Gespräch mit Umwelt-

minister Olaf Lies (SPD) suchen und den Konflikt mit den Naturschutzverbänden zur Sprache bringen. Auch mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig soll es Gespräche geben.



Hubertus Heil (links) ließ sich über den Ausbau der Windenergie informieren.

FOTO: ANTJE EHLERS